

# Enztal-Blatt

Amtsblatt für Wildbad  
Anzeiger und Tagblatt für das obere Enztal.



Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags.  
Bezugspreis M. 3.00 vierteljährlich, M. 1.10 monatlich,  
durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr M. 3.00,  
im sonst inländischen Verkehr M. 3.40 u. 30 Pf. Postbestellg.

Anzeigenpreis: die einpaltige Zeile oder deren  
Raum 15 Pfg., auswärts 20 Pfg., Reklamezeiten  
50 Pfg., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif.  
Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Anzeigenannahme in Wildbad in der Expedition Wilhelmstraße 99; in Calmbach Hauptstraße 109. Fernsprecher Nr. 89.

Druck und Verlag der Wildbader Verlagsdruckerei u. Buchhandlung; Schriftl.: Th. G. A., beide in Wildbad.

Nr. 206

Freitag, den 12. September 1919

Jahrgang 53

## Die Unterzeichnung des österreichischen Friedensvertrags.

Clemenceau hatte wieder einen großen Tag. Der Österreich aufgelegte Gewaltfrieden wurde nach dem bei der Unterzeichnung des deutschen Friedensvertrags beliebten Zeremoniell im Schlosse zu St. Germain unterzeichnet. Ohne Zwischenfall ging es auch bei dieser Unterzeichnung nicht ab: Die rumänische und die südslawische Delegation ist infolge der bekannten Vorbehalte der Verhandlung ferngeblieben. Dies führte die Gewaltpolitik der Entente aber nicht; im Gegenteil, Lord Balfour ließ sofort in einer Note nach Bukarest dort zu verstehen geben, daß es eigentlich verwunderlich erscheine, warum der Schutz der nationalen Minderheiten durch den Völkerbund mit der Staatsouveränität Rumaniens nicht vereinbart werden könne, da doch auch „Polen“ und „Griechenland“ diese Kontrolle angenommen haben. Gnädigt wurde dieser „Opposition“ im Rate der Völker eine nachträgliche Frist von drei Tagen für die Unterschrift gewährt, nach deren vergeblichem Verlaufe die sich dann etwa noch weigernden Regierungen mit dem Verfall ihrer Anteile an den Früchten des Friedens bedroht würden.

Den „Saal der Steinzeit“ im Schlosse zu St. Germain füllten um die zehnte Stunde des 10. September etwa 300 Personen, darunter 73 Friedensdelegierte und 50 Pressevertreter. Ministerpräsident Clemenceau führte den Vorsitz. Der österreichische Staatskanzler Dr. Neuner unterzeichnete den Friedensvertrag um 10.15 Uhr vormittags. Vorher hielt Clemenceau folgende Ansprache: „Herr Staatskanzler der Republik Österreich! Die Verhandlungen sind zum Abschluß gekommen und haben zu einer Verständigung über die Bestimmungen des Vertrags zwischen den a. und a. Mächten und Österreich geführt. Diese Bestimmungen sind in dem hier vorliegenden Text enthalten. Ich habe das Schreiben unterzeichnet, indem ich bezeuge, daß der hier vorliegende Text genau mit dem Ihnen bekannten übereinstimmt. Im Namen der a. und a. Mächte bitte ich Sie, nunmehr an die Unterzeichnung zu schreiten.“

Hierauf unterfertigte Staatskanzler Dr. Neuner den Vertrag und die vorgelegten Protokolle. Nach ihm unterzeichnete die amerikanische, dann die großbritannische Delegation. Es folgten die Franzosen, Italiener und Japaner. Der alphabetischen Reihenfolge nach unterzeichneten dann die kleineren Staaten, wobei sich, wie eingangs erwähnt, ergab, daß weder die rumänischen noch die südslawischen Delegierten sich zur Unterschrift eingefunden hatten, wovon jedoch offiziell keine Notiz genommen wurde.

## Hinke contra Ludendorff.

In der „Vossischen Zeitung“ veröffentlicht der frühere Staatssekretär des Reichens, von Dünge, einen Artikel über seine Beteiligung am Waffenstillstandsangebot. Er erklärt darin, er habe, als er Ludendorff Mitte Juli 1918 die förmliche Frage vorgelegt habe, ob er sicher wäre, mit der jetzigen Offensive den Feind entscheidend zu besiegen, ein bestimmtes Ja zur Antwort erhalten, was die Grundlage seiner Politik bis zu den ersten Augusttagen gewesen sei. Gegen den 17. August habe ihm Ludendorff erklärt, er besitze diese Sicherheit nicht mehr. Diese von ihm als dienstlich angeordnete Mitteilung des Generals habe die Unterlage für die Politik von Grund auf geändert. General Ludendorff habe im Kronrat vom 14. August nichts von der Kriegslage gesagt, so daß er gezwungen gewesen wäre, die Mitteilung über die fehlende Sicherheit unter Aufschrift des Chefs des Generalstabs der Feldarmee als Quelle selbst vorzubringen. Er (Herr von Dünge) bestritt ferner die Wahrheit der Ludendorffschen Behauptung, er (Ludendorff) habe ihm (Herrn von Dünge) gegenüber die Notwendigkeit einer Beendigung des Krieges auf diplomatischem Weg betont. Er berufe sich auf das Zeugnis des Rittmeisters Hertling, wonach weder im Mai noch in der ersten Hälfte des August an dessen Vater von der OHL die Mahnung ergangen sei, unter Verzicht auf irgendwelche Kriegsziele an den Friedensschluß zu denken. Die Ermächtigung zu einem Friedensangebot sei nicht erteilt worden. Auch der Reichskanzler habe niemals betont, der Krieg müße

ohne Friedensangebot zu Ende geführt werden. Der Verfasser stellt fest, daß durch keine seiner Antworten auf die Anfrage des Reichskanzlers betreffs der Kriegslage General Ludendorff den Eindruck hervorgerufen habe, als ob die OHL amtliche Friedensschritte fordere, oder auf Beschleunigung der Einleitung von Friedensschritten dränge. Erst am 10. September habe sich die OHL mit einem sofortigen amtlichen Friedensschluß einverstanden erklärt. Am 11. September drahlte Herr von Dünge in diesem Sinne aus dem Großen Hauptquartier an das auswärtige Amt.

Wie Ludendorff sich den Rücken deckte und alle Verantwortung, insbesondere wenn es schief gehen sollte, auf die Reichsregierung abzuwälzen suchte, geht aus einem Vertrag hervor, der erst jetzt durch eine von Ludendorff herausgegebene Schrift bekannt wird. In diesem zu Anfang des Jahres 1918 zwischen der Reichsleitung und der OHL abgeschlossenen Vertrag heißt es u. a.: „Die Verantwortung für die Friedensverhandlungen trägt nach der Reichsverfassung der Reichskanzler. Die obersten Heeresstellen haben das Recht und die Pflicht, an den Verhandlungen in beratender Weise mitzuwirken, soweit dieselben die militärischen Interessen betreffen. Meinungsverschiedenheiten zwischen den militärischen Stellen und dem Reichskanzler sind auf dem Wege gegenseitiger Aussprache zu beseitigen. Gelingt dies nicht, so ist die Entscheidung des Kaisers einzuholen. Die erfolgte Entscheidung übersteht die militärischen Stellen in allen Fällen jeder eigenen Verantwortung. Der Reichskanzler hat in dem Falle, daß die kaiserliche Entscheidung gegen ihn ausfällt, die staatsrechtlichen Konsequenzen zu ziehen, indem er seine Entlassung nimmt.“

Das war sehr bequem für die OHL, aber es war für das deutsche Volk verhängnisvoller Zustand, ein Zustand, der dazu führte, daß die politische Leitung des Reiches und damit auch die Volksvertretung tatsächlich ausgeschaltet wurden, und daß alle Bemühungen des Reichstags, rechtzeitig zu einem Frieden der Verständigung zu gelangen, von der militärischen Leitung unwirksam gemacht gemacht werden konnten.

## Der Münchner Geiselmord.

München, 10. Sept.

Die Zeugin Hausmann.

Ein kurzes Zwischenspiel, das nicht ohne Eindruck bleibt, bildet die Vernehmung der Witwe des gemordeten westfälischen Husaren Linnebrücker. Die schwarzgekleidete, einfache Frau soll sich dazu äußern, ob die bei Hesselmann gefundene Uhr die ihres Mannes war. Sie nimmt es sichtlich sehr genau mit ihrer Aussage, die keinen Zweifel daran läßt, daß es sich wirklich um die Uhr des Ermordeten handelt. — Dann erscheint unter allgemeiner Spannung die Witwe des militärischen Kommandanten des Kulturgymnasiums Hausmann im Saale. Auch dieser Frau, der ein schweres Schicksal beschieden war, kann man die Teilnahme nicht verkennen. Sie sagt nach bestem Wissen aus, wenn sie es auch vermeiden, ihren toten Mann zu belasten. Nach ihrer Darstellung hat Seidl den Befehl zum Feuern gegeben. Seidl hat auch, das bestätigt die damals anwesende Zeugin ausdrücklich, auf die stehenden Vorstellungen des vom Richtplatze nochmals heraufgeführten Thurn und Taxis geantwortet: Sie sind doch auch ein Vonn! Bei der Schilderung der letzten Stunden ihres Mannes brach Frau Hausmann in Tränen aus; der Vorsitzende begnügt sich denn auch mit ein paar kurzen Fragen und der Verlesung des Hausmannschen Abschiedsbriefes. Etwas überausdend kommt die Aussage der Zeugin, ihr Mann habe als denjenigen, der den Befehl zum Feuern gegeben habe, den Angeklagten Leimer bezeichnet. Gerade dieser aber hat durch seine bescheidene Art den besten Eindruck von allen Angeklagten gemacht.

Einen Höhepunkt in dem Prozeß bildet die Aussage des Zeugen Alois Kammerstedter, der unter dem Verdacht der Mitschuld verhaftet worden ist. Der Zeuge ist nach Ausrichtung der Käsepublik in die Kaserne eingetreten und war dann als ständiger Begleiter Seidls bei dessen Autofahrten. Er ist mit Seidl zu den „Münch. Neuest. Nachr.“ gefahren, um die Flugblätter zu holen, dann kam er in das Gymnasium zurück und in das Kommandantenzimmer.

Vors.: Es soll da ein Soldat vom Kriegsministerium gekommen sein.

Zeuge: Der ist zu mir gekommen und hat gesagt, in Grünwald seien Rotgardisten erschossen worden und dafür sollen zwei Weißgardisten an die Wand gestellt werden. Ich bin darauf gleich in die Wohnung zu Seidl gegangen. Er hat mir erklärt: Wenn du es machen kannst, dann kannst du es machen. Seine ganze Aeußerung ging darauf hinaus, daß ich den Befehl ausführen soll. Dann bin ich wieder ins Gymnasium. Im Parierre habe ich Schinkelhofer getroffen und ihm erzählt, wie es stehe. Schinkelhofer sagte: Bringe sie halt gleich herunter. Ich bin dann in den zweiten Stock und habe die Husaren herauf am Hof gebracht, wo sie

Zeuge: Ich habe unten den Schinkelhofer getroffen, und dann sind wir miteinander, die Husaren, Schinkelhofer und ich, hinaus an die Wand, wo die Erschießung stattgefunden hat. Dann hat Schinkelhofer Leute zusammengeholt aus dem Gymnasium, während ich mit den Weißgardisten im Hof stand.

Vors.: Haben Sie die Leute an die Wand gestellt?

Zeuge: Es haben mehrere Soldaten gesagt: Geht's an die Wand! und dann sind sie von selbst hingegangen.

Vors.: Sind die Weißgardisten nicht herumgedreht worden?

Zeuge: Die sind schon mit dem Gesicht gegen die Wand gestanden.

Vors.: Dann ist Schinkelhofer mit acht oder zehn mit Gewehren bewaffneten Leuten gekommen?

Zeuge: Ja, die Soldaten haben sich dann selbst hingestellt und Schinkelhofer hat sich wieder entfernt. Wo er hinging, weiß ich nicht.

Vors.: Wie ist es dann mit der Schierelei zugegangen?

Zeuge: Ich habe zu den Schützen gesagt: Bringt Ihr's denn fertig? Da war einer dabei, der sagte: „Das war recht, meinen Schwager haben sie in Grünwald auch erschossen!“ Der Mann war der erste, der geschossen hat.

Vors.: Haben Sie unter den Schützen keinen gekannt?

Zeuge: Ja, der Seidl Josef war dabei, der hat mitgeschossen, das ist ganz bestimmt wahr.

Vors.: Der behauptet aber, er sei zwar herangehen gewesen, habe aber kein Gewehr gehabt.

Zeuge: Ja, der war neben dem gestanden, der sagte, daß sie seinen Schwager erschossen hätten.

Vors.: Was war, als die Schierelei herum war?

Zeuge: Dann bin ich ins Gymnasium und habe Decken geholt, um die Erschossenen hineinzuwickeln und wegzubringen.

Vors.: Kennen Sie den Witz?

Zeuge: Nein.

Angeklagter Witz: Ich erkenne den Zeugen nach dem Gesicht bestimmt wieder.

Vors.: Wo sind Sie dann hingegangen?

Zeuge: Ins Bureau. Da waren Seidl, Hausmann und Hesselmann. Dann kam ein Stollst und fragte, warum die Leute erschossen worden sind. Seidl erwiderte: „Weil sie von der Nooke-Garde waren.“ Seidl sagte dann zu mir, ich solle ins Hof nachschauen, ob die Leute Ausweise von Nooke haben. Ich bin dann in den Hof hinunter. Der ganze Schuppen war voll Leuten, ich habe die Ausweise nicht herausstolen können, dann haben sie die anderen herausgeholt. Ich habe gesagt, ich kann keinen Toten anrühren. Es waren Russen da, die haben dann die Leichen durchnäht, aber Papiere hat man keine gefunden. Bei dieser Gelegenheit wurden den Erschossenen auch die Wertgegenstände abgenommen, die ich dann in das Bureauzimmer hinaustrug. Auch eine Uhr war dabei.

## Neues vom Tage.

### Die Weimarer Regierung an Ebert.

Berlin, 10. Sept. Die Weimarer Regierung hat dem Reichspräsidenten in Beantwortung seines beim Weggang von Weimar an sie gerichteten Abgangsschreibens ein Dankschreiben zugehen lassen, in dem es u. a. heißt: „Wir haben mit großer Befriedigung erfahren, daß Weimar die Erwartungen, die bei seiner Wahl für die Tagung der Nationalversammlung gehegt wurden, erfüllt und die Möglichkeit ungeörter stetiger Arbeit, die zur Lösung der hohen Aufgabe der Nationalversammlung erforderlich war, geboten hat und daß die Reichsregierung sowie alle, die sonst an dem großen Werke beteiligt waren, in Weimar die Aufnahme und alles das gefunden haben, was sie von Weimar erhofft hatten. Das weimarerische Volk rechnet es sich als hohe Ehre an, daß sein Land dazu ausgereichen gewesen ist, dem deutschen Volk die Stätte zu bieten, auf der die Grundlage für das neue Deutsche Reich geschaffen werden sollte, und Weimar ist stolz darauf, daß es in seinen Mauern die Nationalversammlung aufnehmen durfte, die dem deutschen Volk die große freiheitliche Verfassung gegeben hat. Unvergesslich wird die Zeit, in der die Nationalversammlung in Weimar getagt hat, in der Geschichte Weimars und in der Erinnerung des weimarerischen Volkes fortleben.“

### Der Umzug der Nationalversammlung.

Berlin, 11. Sept. Die Vorbereitungen zur Ueberfiedelung der Nationalversammlung von Weimar nach Berlin sind beendet. Das Büro der Nationalversammlung befindet sich bereits im Reichstagsgebäude in Berlin. Das Reichstagsgebäude ist wieder vollständig hergestellt. Vom 23. September an tagen bereits Ausschüsse im Reichstag. Die innere Ausstattung des Reichstagsgebäudes ist unverändert geblieben. Das Denkmal Kaiser Wilhelm I. befindet sich noch in der Wandelhalle des Reichstags. Es ist auch nichts darüber bekannt, ob eine Enttarnung des Denkmals beabsichtigt ist. Auch der Präsidentenstuhl im Sitzungssaal trägt noch das alte Reichswappen. Die Kosten für die Wiederherstellung des Gebäudes und die beträchtlichen Kosten der Ueberfiedelung von Weimar werden auf den Dankschreiben Reichstag übernommen werden.



### Offiziere und Verfassungsgeld.

Berlin, 11. Sept. Wie wir erfahren, haben sich die Offizierskorps aller Reichswehrbrigaden bereit erklärt, den vorgeschriebenen Eid auf die Verfassung zu leisten. Dem Reichswehrminister liegen nur ganz vereinzelte Abweichungen von Offizieren vor.

### Gute Getreide-Ernte.

Berlin, 11. Sept. Halbamtlich wird berichtet: Die vorliegenden Meldungen über die Ernte- und Trübsenergebnisse berechtigen zu den größten Hoffnungen auf die Brotversorgung Deutschlands. Bei guter Ablieferung des Brotgetreides durch die Landwirte kann es nach der Ansicht der Reichsgetreidebehörde gelingen, ohne ausländische Zufuhren auszukommen, selbst wenn der Ausnahmszustand gemindert wird. Bei dem heutigen Stand der deutschen Volkswirtschaft wäre das im Interesse der gesamten Volkswirtschaft ausserordentlich wertvoll.

### Das „fröliche“ Deutschland.

Paris, 10. Sept. Die Zeitungen halten angesichts des Verhaltens der deutschen Regierung nach dem Ultimatum der Entente hinsichtlich der deutschen Verfassung darauf, daß die Aufgabe der Alliierten vorgezeichnet sei. Sie müßten den Deutschen bedeuten, daß man von ihnen nicht Worte sondern Taten verlange und daß, wenn diese nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist ausgeführt würden, die angekündigten Maßnahmen in Kraft treten werden. „Echo de Paris“ erklärt, daß die Deutschen ihre Verpflichtungen nur unter der Macht des Zwangs unterschrieben hätten, die allein sie zur Erfüllung nötigen würde. Wenn ihnen jetzt erlaubt werde, einigen Verbindlichkeiten zu entschlüpfen, würden sie das bei allem tun. „Petit Parisien“ fügt hinzu: Mehr als je müssen wir fest sein und Deutschland zeigen, daß wir, indem wir den Rhein besetzt halten, in der Lage sind, sein Land zu besetzen, wenn es fortfährt, offen oder verheimlicht frölich zu sein.

### Stalien lehnt einen Kaiserprozeß ab.

Berlin, 11. Sept. Im Ausschuss der italienischen Kammer wurde der Bestätigungsbericht Luzattis mit 20 gegen 4 Stimmen gutgeheissen. Der Ausschuss verlangt die schnelle Aufnahme der bisher feindlichen Staaten in den Völkerbund. Die Vertreter der bisher feindlichen Staaten müßten zu dem Arbeitslohnrecht zugelassen werden, weil nur dann ein allgemein verbindliches Abkommen wie das über die internationale Regelung der Arbeitszeit, möglich sei. Die wirtschaftlichen Bestimmungen des Vertrages genügen den italienischen Interessen so wenig wie die Regelung der Savoyer Frage. Italien sei zwar für eine Umsiedlung des früheren deutschen Kaisers zu haben, lehne aber ausdrücklich einen Prozeß gegen ihn ab.

### Der Krieg im Osten.

Amsterdam, 11. Sept. „Times“ meldet aus Tientsin, daß die roten Truppen Tootsai besetzt haben. Neue Agenten sind eilig beordert, die Bayern zum Aufstand zu bewegen. Die Sibirier jedoch der Regierung Koltschaks treu. Die Bolschewisten haben in Samara einige neue Heeresgruppen gebildet. Allen bolschewistischen Behörden ist der Befehl erteilt worden, Vorbereitungen für die Beförderung von Truppen und Material von der unteren Wolga nach Zentralasien zu treffen.

### Auch Sonnino amtsüde.

Bern, 10. Sept. Wie „Avanti“ berichtet, ließ Sonnino in den Wandelgängen der Kammer mitteilen, daß er für die Neuwahl keine Kandidatur mehr annehmen werde und entschlossen sei, sich nicht mehr politisch zu betätigen.

### Die Verstaatlichung der englischen Eisenbahnen.

London, 11. Sept. Die Einnützigkeit der englischen Arbeiter, die für radikale politische Ziele nicht lange zu begeistern sind, wenn sie ihre Forderungen auf andere Weise erlangen können, kam auf dem Kongress der englischen Postarbeiter in Glasgow besonders zum Ausdruck. Der Vorsitzende warnte die Arbeiter, sich verleiten zu lassen, den von den Radikalen aufgestellten Forderungen nachzugeben. Er sagte, daß die Arbeiter alles erreichen könnten, wenn sie ihr Stimmrecht ausüben. Der Kongress war einer der größten, der in England abgehalten wurde. 848 Abgeordnete vertraten 265 000 Stimmen. Die Hauptfrage der Verhandlungen bildete die Verstaatlichung der Eisenbahnen.

### Die Bergwerke in England.

London, 11. Sept. (Heuter.) Auf dem Gewerkschaftskongress in Glasgow wurde die von dem Führer der Bergarbeiter, Smillie, unterbreitete Entschliessung, in der die Verstaatlichung gefordert wird, mit überwältigender Mehrheit angenommen.

### Kleine politische Nachrichten.

Ein streikender Theaterchor. Der Theaterchor des Stadttheaters in Königsberg streikt wegen Lohnunterschieden. Der Spielplan mußte deshalb so abgeändert werden, daß bis zur Beilegung des Streiks nur kurze Stücke gegeben werden.

Ein rascher Verkauf der Heeresbestände und der Bestände der Kriegsgesellschaften. Das Reichswirtschaftsministerium hat die ihm unterstellten Behörden angewiesen, mit Rücksicht auf die aufgehobene Blockade alle vorhandenen Bestände und finanziell bewirtschafteten Rohstoffe schleunigst dem Gebrauch zuzuführen.

Ein ganzes Schieberdortel. Die Polizei in Frankfurt am Main nahm im Schieberdortel in der Kronprinzenstraße eine umfangreiche Streife vor, die eine unerwartet große Ausbeute brachte. Vier große Lastwagen mit Lebensmitteln und Tabak wurden nach dem Polizeipräsidium gebracht. Die Polizei stellte in dem Block rund 500 Schieber fest.

Durch Explosion einer Granate im Munitionsdepot Germisch bei Magdeburg sind 5 Arbeiter getötet, sowie 1 Feuerwehrler und 3 Arbeiter schwer verwundet worden. Die Veranlassung der Explosion ist noch nicht aufzuklären.

Amerikanische Großflanz in Polen. In Polen ist eine amerikanische Gesellschaft im Entstehen begriffen, die mit einem Kapital von 100 Millionen Dollar die kommunalen Bedürfnisse polnischer Städte finanzieren soll, so insbesondere den Ausbau der Kanalisation der städtischen Wasserleitungen und Krankenhäuser.

Zugversbot gegen einen Armeeführer. General Otto v. Below hatte die Absicht, sich in Dessau zur Ruhe zu setzen. Der

Bürgermeister von Dessau hat ihn jedoch die Ueberholungsversuche verboten, da ein Zugzug von Generalen nach Dessau nicht erwünscht sei. So lohnt das neue Deutschland seine Heerführer.

### Der badische Minister Dietrich über die Zukunft der deutschen Landwirtschaft.

In zwei demokratischen Bauernversammlungen in Großschachen und Heddesheim (Bezirk Weinheim) sprach am Sonntag Minister Dietrich über die Zukunft der deutschen Landwirtschaft. Ausgehend von den Ernährungszuständen und der Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft vor dem Krieg legte er dar, daß die Ernährung der deutschen Bevölkerung in Zukunft zu sichern sei, wenn die Landwirtschaft tatkräftig an eine durchgreifende Hebung der Produktion herangehe. Ein Hebung der Ertragsverhältnisse sei von der Ausfuhr der Industrieprodukte abhängig. Die Interessen von Arbeitern und Bauern seien in dieser Frage durchaus gleichlaufend. Der Redner verlangte schließlich den Abbau der Zwangsverwaltung der Brot- und Milchbewirtschaftung und die Einführung eines zeitlichen Getreidemonopols, damit der Brotpreis nicht plötzlich um das mehrfache seines Wertes auf den Weltmarktpreis hinaufschneit und damit der Bauer einen Halt gegenüber den Schwankungen des Weltmarktpreises hat.



### Letzte Nachrichten.

#### Keine Einberufung der Nationalversammlung.

Berlin, 11. Sept. Eine Bemerkung in der „Nationalzeitung“ vom 10. Sept. ist dahin ausgelegt worden, als ob die Reichsregierung beabsichtige, die Nationalversammlung zwecks Aenderung der Artikel 61 der Verfassung einzuberufen. Es bedarf kaum des ausdrücklichen Hinweis darauf, daß diese Auffassung unrichtig ist. Die deutsche Regierung hat in ihrer Antwort auf die Ententeacte in bindender Form festgestellt, daß der Artikel 61 Abs. 2 bis zur Entscheidung des Völkerbundes auf Grund des Artikels 175 der Verfassung als kraftlos zu betrachten ist und demnach eine Aenderung der Verfassung nicht in Frage kommt.

#### Die neuen Landesfinanzämter.

Berlin, 11. Sept. Die Vorbereitungen zu der Einrichtung der Landesfinanzämter sind soweit gediehen, daß in den nächsten Tagen mit ihrer Unterbringung an Ort und Stelle begonnen werden wird. In vierzehn Hoved treffen die Leiter der Abteilung III (Reichsvermögensverwaltung der Landesfinanzämter), welche die Amtsbezeichnung Finanzdirektor oder Oberfinanzrat führen, in den betreffenden Orten ein.

#### Die Lohnbewegung der Metallarbeiter.

Berlin, 11. Sept. Wie die „B. Z.“ meldet, sind die Verhandlungen über die Neueinstellung von Tarifen für die Groß-Berliner Metallarbeiter unterbrochen worden. Das Reichsarbeitsamt habe verzweifelnd versucht, die Gegenstände zu überbrücken. Damit ist die Gefahr eines allgemeinen Metallarbeiterstreiks nahegerückt. Der Metallarbeiterverband fordert 3 Lohnklassen mit Stundenlöhnen von 3 Mark bis 3,50 Mark, wogegen der Schiedsgericht fünf Lohnklassen von 2,20 bis 3 Mark festsetzt. Der Verband Berliner Metallindustrieller erklärt, daß die unmittelbare Gefahr eines Streikausbruchs nicht bestehe. Das Schiedsgericht werde am 15. September erneut zusammentreten.

#### Ein Fleischspezialtransport?

Frankfurt, 11. Sept. Es verlautet nach der „Frankf. Ztg.“, daß die deutschen Vertreter der amerikanischen Raderfirmen sich zu einem Einheitsbüro zusammenschließen, das die Einfuhr von Räder, Fleisch und Fleischwaren aus Amerika unter Kontrolle nehmen soll. Es wäre dieser Plan, der von Hamburg ausgeht, eine große Gefahr für die Fleischversorgung.

#### Holland und die deutschen Kriegsgefangenen.

Amsterdam, 11. Sept. Den Blättern zufolge haben die niederländische Regierung und die in Betracht kommenden niederländischen Eisenbahngesellschaften dem Plan zugestimmt, die noch in England befindlichen deutschen Kriegsgefangenen in Transporten von je 3000 Mann über die Niederlande nach Deutschland zurückzubehördern.

### Baden.

(-) Karlsruhe, 11. Sept. Die Galvanisierarbeiten sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie verlangen Abschaffung des Trinkgeldzwanges und Wochenlöhne von 160 bis 180 Mark für Kellnerinnen und Kellner, außerdem Urlaubprämien.

(-) Karlsruhe, 11. Sept. Ein von hier gebürtiger Angehöriger der Reichswehr in Berlin, der unvermuthet auf Urlaub herber kam und seine Frau mit einem Nebenbuhler überraschte, verließ diesem in vergangener Nacht

in der Durlacherstraße drei lebensgefährliche Messerstiche in die Herzgegend und suchte alsdann das Weite.

(-) Mannheim, 11. Sept. Unterhalb der Friedrichsbrücke wurde die Leiche einer 35 Jahre alten Schlossers-ehetrau gefunden. Nach Lage des Falls liegt ohne Zweifel Selbstmord vor, da die Frau schon einmal versucht hat, sich in den Neckar zu stürzen. — Beim Verladen von Holzstämmen auf einem Eisenbahnwagen verunglückte der 42 Jahre alte ledige Tagelöhner Josef Lang, indem er durch den Fall der Stämme auf die entgegengesetzte Seite sprang. Dabei wurde er zu Boden geschleudert und der Stamm fiel ihm auf den Kopf, sodaß der Tod alsbald eintrat.

(-) Lahr, 11. Sept. In den „Mitteilungen der Handelskammer zu Lahr“ wird die Klage geführt über das Verhalten der Hanflieferungs-Gesellschaft m. b. H. die die Verwertung der im Besitz der Heeresverwaltung befindlichen Bestände besorgen soll. Anfangs dieses Jahres veranlaßte die Gesellschaft Erhebungen über den Bedarf an Seilerwaren in den einzelnen Bezirken. Nachdem Monate verstrichen waren, ohne daß von der Hanflieferungs-Gesellschaft irgend eine Mitteilung über den Verteilungsplan oder gar über die Zuteilung von Waren kam, glaubte die Handelskammer zu Lahr über den Stand der Angelegenheit in Berlin anfragen zu sollen. Die Antwort lautete, daß Baden in der Vertriebsstelle in Karlsruhe eine eigene Verwertungsfirma erhalten habe und daß dorthin das gesamte Interessentenmaterial abgegeben worden sei. Die Erkundung der badischen Vertriebsstelle gab die überraschende Tatsache, daß diese Stelle von Berlin überhaupt keine Seilerwaren erhalten hat und auch keine Verteilung vornehmen konnte. Die von der Hanflieferungs-Gesellschaft erbetene Aufklärung brachte dann die Auskunft, daß in Berlin über die Bindfadenbestände „anderweitig“ verfügt worden sei und nach Baden leider nichts abgegeben werden konnte. Der Fall spricht für sich und bedarf keines weiteren Kommentars.

(-) Pörrach, 11. Sept. Reichsfinanzminister Erzberger ist mit seiner Familie aus der Schweiz zurückgekehrt.

(-) Konstanz, 11. Sept. Staatspräsident Geff beehrte in den letzten Tagen Oberbaden. Hier in Konstanz besichtigte er am Montag das Jägerbataillon, das Militärbataillon und die Sanitätskompanie. Dann fuhr der Präsident nach Stöckach und später nach Ueberlingen weiter.

(-) Vom Bodensee, 11. Sept. Im Alten Rhein, bei Rorschach ertranken beim Baden zwei in St. Gallen wohnhafte Studenten Namens Müller und Engler. — Beim Baden in der Urde ertrank der 23jährige Metallarbeiter Kramer.

### Württemberg.

(-) Stuttgart, 10. Sept. (Verhandlungstag.) Am Sonntag fand hier unter dem Vorsitz des Schreinermeisters Sigloch der Verbandstag der württembergischen Schreinermeister statt. Aus dem Tätigkeitsbericht der Verbandsleitung ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl des Verbandes im abgelaufenen Jahre um einige Tausend sich vermehrte und nun die Mehrzahl der württ. Schreinermeister in dem Verband zusammengeschlossen ist. Von den Beratungsgegenständen standen in Vordergrund die Leim- und die Holzfrage. Ueber letztere berichtete Ziller-Ludwigsburg. Durch das Vorgehen der Großabnehmer von Holz bei den diesjährigen Holzverkäufen war es dem Leimen Holzgewerbetreibenden unmöglich, sich sein Holz im Walde selbst zu kaufen und so ist er nun dem Holzhändler überlassen. In einstimmigem Beschluß wurde die Verbandsleitung ermächtigt, falls die Sägmühlbesitzer bei ihrer Weigerung, das von der württ. Forstverwaltung dem Handwerk zur Verfügung gestellte Holz zu schneiden, verharren, unverzüglich die Gründung einer Genossenschaft zwecks Erwerbung eigener Sägmühle in die Wege zu leiten.

(-) Stuttgart, 11. Sept. (Die „Freiheit“ in der Schweiz.) Frau Clara Jettin hatte die Einreiseverlaubnis in die Schweiz erhalten. Bei der Einreise wurde sie bekanntlich am 30. August in Romanshorn von der schweizerischen Polizei mit dem Bemerkten verhaftet, man habe jetzt endlich die lange Erwartete in den Händen. Frau Clara Jettin wurde in einer Kiste untergebracht, wo sie auf einem Strohsack und schmuddiger Bettwäsche drei Tage verbringen mußte; dann wurde sie nach Deutschland abgeschoben.

(-) Tübingen, 11. Sept. (Ein Kaisersohn auf Hohenzollern.) Prinz Joachim von Preußen war vorgestern zu einer kurzen Besichtigung auf den Schlössern Hohenzollern und Lichtenstein. Er reiste gestern in Begleitung seines früheren Hofmarschalls, Herrn Stengel, nach Stuttgart und München weiter.

(-) Friedrichshafen, 11. Sept. (Diebstahl.) In der Nacht wurde in der Parkettfabrik Fregmar eingebrochen und 5 Stück Trobriemen im Werte von 1800 Mark gestohlen und die Teile gestohlen.

#### Mutmaßliches Wetter.

Die Wetterlage ist unverändert. Unter der Fortdauer des Hochdrucks erlangen die vereinzelten kleinen Störungen keinen Einfluß. Am Samstag und Sonntag ist weiterhin trockenes und warmes Wetter zu erwarten.

#### Die neuen Postgebühren

vom 1. Oktober ab.

Briefe: Fernbriefe bis 20 Gr. 20 Pfg., 21-250 Gr. 30 Pfg., Ortsbriefe bis 20 Gr. 15 Pfg., 21-250 Gr. 20 Pfg., Ortspostkarten 10 Pfg., Fernpostkarten 15 Pfg., Drucksachen bis 50 Gr. 5 Pfg., 51-100 Gr. 10 Pfg., 101-250 Gr. 20 Pfg., 251-500 Gr. 30 Pfg., 501-1000 Gr. 40 Pfg., Geschäftsbriefe bis 250 Gr. 20 Pfg., 251-500 Gr. 30 Pfg., 501-1000 Gr. 40 Pfg., Warenpostkarten bis 250 Gr. 20 Pfg., 251-500 Gr. 30 Pfg., Postanweisungen bis 5 Mk. 20 Pfg., von 5.01-100 Mk. 40 Pfg., von 100.01-250 Mk. 60 Pfg., von 250.01-500 Mk. 80 Pfg., von 500.01-1000 Mk. 100

Fig. einschließlich Bestellgeld. Einschreibgebühr 30 Fig.

Wertsendungen wie Einschreibsendungen zugänglich 20 Fig. für je 1000 Mk. Wertangabe.

**Poste** (bis 5 Kilo: Nahzone (bis 75 Km.) 0,75 Mk., Fernzone 1,25 Mk., bei 5,5-10 Kilo Nahzone 1,50 Mk., Fernzone 2,50 Mk., 10,5-15 Kilo Nahzone 3 Mk., Fernzone 5 Mk., 15,5-20 Kilo Meißengewicht Nahzone 4 Mk., Fernzone 6 Mk. einschließlich Bestellgeld. Vorranggebühr für Nachnahmsendungen 25 Fig.

Briefe mit Zustellungsurkunden: Porto + 40 Fig.

**Ortstelegramme.** Wortgebühr 8 Fig., mindestens 80 Fig., **Ferntelegramme:** Wortgebühr 10 Fig., mindestens 100 Fig., (Posttelegramme die Hälfte).

**Fernsprechgebühren** (rund 66% Zuschl., d. i.): Fernsprech-Bauschgebühren in Regem

bis 50 Teilnehmer	160 Mk.
von 51 bis 100	200 Mk.
von 100 bis 200	240 Mk.
von 201 bis 500	250 Mk.
von 501 bis 1000	300 Mk.
von 1001 bis 5000	320 Mk.
von 5001 bis 20000	340 Mk.

**Grundgebühren** (für Einzelgebührenzahler) in Netzen bis 1000 Teilnehmern 120 Mk., von 1001-5000 Teilnehmern 150 Mk., von 5001 bis 20000 Teilnehmern 180 Mk., über 20000 Teilnehmern 200 Mk., dazu mindestens 40 Mk. für 400 Gespräche (Einzelgebühr 10 Fig.). Ferngespräche (3 Minuten) bis 25 Kilometer 30 Fig., 26-50 Kilometer 50 Fig., 51-100 Kilometer 100 Fig., 101-500 Kilometer 200 Fig., 501 bis 1000 Kilometer 300 Fig., mehr als 1000 Kilometer 400 Fig., **Vorortgespräche** bis 25 Kilometer 24 Fig., 25-50 Kilometer 30 Fig., 50-100 Kilometer 60 Fig., über 100 Kilometer 120 Fig. Die Gebühren für Vorortgespräche, Nebenstellen, besondere Bedener und dergl. werden durch Verordnung geregelt.

Als Bauschgebühren kommen seit 1. Juli bei uns in Württemberg in Betracht: 60 Mk. in Regem bis zu 50 Teilnehmern, 120 Mk. in Regem bis 100 Teilnehmern, 144 Mk. in Regem von 101-1000 Teilnehmern und 168 bzw. 204 Mk. bei mehr als 1000 Teilnehmern. Die Gebühren für Ferngespräche nach dem Reich und nach Bayern sind wie oben gestaffelt und betragen bis jetzt 24 Fig. bei 25 Kilometer, 30 Fig. bei 26-50 Kilometer, 60 Fig. bei 51 bis 100 Kilometer, 120 Fig. bei 101-500 Kilometern, 180 Fig. bis zu 1000 Kilometern und 240 Fig. bei mehr als 1000 Kilometern Entfernung.

Für Württemberg kann es sich nur noch bis zum 30. April 1920 um vielleicht etwas niedrigere Bauschgebühren handeln. Im übrigen werden auch wir uns den allgemeinen Reichstaxen immer mehr anpassen müssen. Das Zweckmäßigste für mindestens drei Viertel aller Fernsprecheinnehmer wird dann der Anschluß gegen Grundgebühren sein.

### Vermischtes.

**Fälschungsmarktscheine** als Nechlametzettel. Ein böses Nachspiel wird für Berliner Geschäftsleute eine neuartige „Reklame“ haben. Vor einiger Zeit brachte ein Wühlhant einen Anreiz eines fünfzig Mark-Scheins mit der erunden Fälschung in der Mitte, und demerte dazu, daß fälschliche Geschäftsleute diese freier Fälschen zu Nechlametzetteln benutzen könnten. Einige Geschäftsleute griffen den Gedanken auf und ließen sich Zettel nach der Art dieser fünfzig Mark-Scheine mit Reklamen herstellen. Sie ahnten aber die Schelte so plump nach, daß sie glaubten, es könnte nur wohl keiner auf den Gedanken kommen, ihre Reklamezettel für Geldscheine zu halten. Sie ließen diese Zettel nicht nur in den Straßen verteilen, sondern auch als Flugzeugen in großer Menge herabregnen. Andere waren aber noch fündiger als diese Geschäftsleute. Sie verfolgten den aufgegriffenen Gedanken bis zum äußersten und behandelten diese Reklamezettel als wirklich fünfzig Mark-Scheine. Diese Leute begünstigen besonders die Kaufmännischen damit. Sie machten zur Abend- und Nachtzeit größere Fahrten, drückten endlich an einer möglichst dunklen Stelle dem Wagenführer so einen Zettel in die Hand und erhielten darauf von dem arglosen Mann, der in der Dunkelheit glaubte, einen echten Schein erhalten zu haben, den Ueberrest heraus. Jetzt aber kommt das Nachspiel. Nicht nur die Verursacher der Zettel werden sich vor dem Strafgericht zu verantworten haben, sondern auch die Geschäftsleute, die die Nachbildungen herstellen und verteilen ließen. Nach Lage der Strafgesetzgebung werden sie nicht einmal mit einer Geldstrafe davonkommen, sondern sich auf eine Freiheitsstrafe gefaßt machen müssen.

**Die Währungsfrage in Polen.** Obgleich ein Landtagsbeschluss vorliegt, der die polnische Geldeinheit, den „zloty“, schafft, ist man in Polen zu der Ueberzeugung gekommen, daß ein geeigneter Augenblick für die Einführung einer Einheitswährung erst abgewartet werden müsse. Sollte sich aber erweisen, daß eine Aufschubung des erwähnten Landtagsbeschlusses undurchführbar erweise, so sind für die Münzregelung folgende Grundzüge vorgesehen: 1. Beim Austausch darf man keinen Unterschied zwischen Obligationen und Bargeld machen, 2. als Grundlagende der Bestimmung der Kursgröße beim Austausch darf nicht der Wert der Mark, Krone oder des Rubels auf den ausländischen Werten angenommen werden, sondern es muß der Wert sich möglichst dem Metallwert nähern, 3. aus prinzipiellen und technischen Gründen ist keine Differenzierung des ausländischen Kurses bei der Umrechnung anderer Obligationen vorzunehmen, 4. für den Baraustausch wurde folgende Norm vorgeschlagen: a) für polnische Mark 50 v. H., für deutsche Mark oder österreichische Kronen 40 v. H., für Jarencubel 10 v. H. Das Maximum des Umtausches für eine Privatperson beträgt 50000 Rubel, Mark oder Kronen. Das von der Austauschfrist freie Minimum soll 500 Rubel, 10000 Mark, 10000 Kronen pro Person betragen. Man erhofft aus diesen Mitteilungen, daß die polnische Republik, was ihre finanzielle Lage betrifft, vor ungeheuren Schwierigkeiten steht, deren Erledigung wohl kaum in der nächsten Zukunft zu gewärtigen ist.

**Aus der ungarischen Hältepolitik.** Mit Entsetzen liest man von den Minderen Bluttaten. Nun kommt auch aus Ungarn Licht, mit welchen ausgekauften Qualen die Opfer Bela Kuns in Ungarn gefoltert wurden. In der vorläufigen Untersuchung hat Das Corvin, der Chef der Geheimpolizei unter Kun, angegeben, daß über 500 Personen, die verdächtig waren, „reaktionären“ Ansichten zu haben, zum Tode verurteilt wurden. Weiter gefaßt er, viele a. d. e. in den Kellern des Parlamentspalastes gefoltert zu haben. Eine der längsten Folterarten bestand darin, dem Halse des Angeklagten brennende Wachsstockchen anzuhängen; bei anderen griff man statt der Kerzen zu Stiletten. Eine andere, sehr heftige Folterart bestand darin, dem Gekerkten Haisgürtel zu zeigen, die man aus Leinwand von Opfern gerissen, und ihn zu fragen, welchen Körperteil er sich abgeben wolle. Die Folter hörte auf, wenn der Delinquent gefand oder den Henkern eine genügend große Summe bot. Ein anderer teuflicher Heilheitsritus Bela Kuns, Gabor Gagon, stiegte zeigte

Bürgern die mit Gold plombierten Zähne auszureihen. Die Opfer welche die Folter nicht überleben, wurden nachherschleppelt in die Donau geworfen.

**Eine Prüfung für Minister.** Die Engländer legen großen Wert darauf, daß die Sparsamkeit, die Lloyd George in seinen letzten großen Rede gefordert hat, zunächst einmal von der Regierung selbst in strengster Weise durchgeführt werde, und manigfache Vorschläge sind in dieser Hinsicht gemacht worden. Eine originelle Forderung, die in den Daily News erhoben wird, ist die, daß die Minister nicht nur vor dem Parlament in ziemlich summarischer Weise Rechenschaft über ihre Verwaltung ablegen, sondern daß jeder Minister alljährlich durch eine besondere Kommission einer eingehenden Prüfung unterzogen werde. Er soll sich dann im Kreuzgehör darüber ausweisen, ob er in seiner Verwaltung und in seinem Ministerium auch wirklich gespart hat.

**Der Drachbaum.** In der Tertiarzeit gab es auch in Europa Drachebäume. Heute hat sich der eigenartige Baum auf die heißen Landstriche der alten Welt zurückgezogen. Einen Drachbaum auf Teneriffa (Kanarische Inseln) hat Alexander v. Humboldt auf etwa 6000 Jahre geschätzt und für die älteste Pflanz der Welt erklärt. In Manneshöhe hatte der Stamm noch 11 Meter Umfang. Im Jahr 1858 hat leider ein Sturm diesen ehrwürdigen Zeugen der Bortwelt dahingerafft.



Das Hauptpostamt in Ludwighafen, der Schauplatz des jüngsten Pulsches.

### Locales.

**Vom Eisenbahverkehr.** Vom 16. Septem ber fallen auf den bedieschen Straden eine Anzahl Eisenbahnzüge aus.

**Holzrunder anstelle von Verbrauchsrunder.** Infolge der außerordentlich großen Kohlenknappheit wird es nicht möglich sein, den Ruderraffinerien soviel Kohlen zuzuführen, daß sie ihre Betriebe aufrecht erhalten können. Es muß also damit gerechnet werden, daß der Bedarf des Monats Oktober nicht in Verbrauchsrunder, sondern in Holzrunder gedeckt werden muß.

**Kein Auslandsrunder zu Einmachweden.** Die Reichsrunderstelle hat dem Ministerium des Innern mitgeteilt, daß die Erlangung größerer Mengen Auslandsrunder nicht ermöglicht worden sei. Zur Verteilung von Einmachrunder dürften daher keine Mengen zur Verfügung stehen.

**Anzeige der Hauschlachtungsweine.** Damit die mit der Reichsverordnung betrauten Behörden rechtzeitig Kenntnis über die Zahl der für die Hauschlachtung bestimmter Schweine erhalten, wurde durch Verordnung des Ministeriums des Innern vom 9. September 1919 bestimmt, daß jeder Haushaltungsvorstand die Zahl der in seinem Besitz befindlichen, zur Selbstverfertigung bestimmten Schweine, deren Schlachtung in der beginnenden Hauschlachtungsperiode in Aussicht genommen ist, dem Kommunalverband bis zum 25. September 1919 anzuzeigen ist.

**Die Kriegsgefangenen.** Die Durchführung der Kriegsgefangenen soll nach einer Mitteilung der englischen Regierung derart beschleunigt werden, daß täglich bis zu 10000 Gefangene übernommen werden können. Auf deutscher Seite begegnet dies keinen Schwierigkeiten, da in den Durchgangslagern und den sonstigen Aufnahmestationen genügende Vorbereitungen getroffen sind. Es ist auch dringend erwünscht, daß in die Heimbeförderung ein lebhafteres Tempo kommt, denn wenn es weitergegangen wäre wie zu Anfang, so hätten wir den letzten Ankommling genau in 2 1/2 Jahren in der Heimat begrüßen dürfen.

**Warnung vor falschen Kriminalbeamten.** Die Fälle mehren sich, wo Verbrecher unter dem Vor geben, sie seien als Kriminalbeamte, Militärpersonen usw. zu Hausdurchsuchungen oder irgend welchen Aufnahmen beauftragt, in Häuser und Wohnungen eindringen, um Einbrüche auszuüben. Oft sind die Kerle mit plump gefälschten Ausweisen und Lichtbildern versehen und verstehen so das Publikum zu täuschen. Es wird zu größter Vorsicht gemahnt. In Zweifelsfällen benachrichtige man sofort die übrigen Hausbewohner, die Nachbarn, den Ortsvorsteher oder in Städten das Polizeiamt.

**Das Aufgeld für die Kollzahlung in Gold.** Die Kollzahlung für die Kollzahlung in Gold betrug für die Kalenderwoche vom 31. August bis 6. September einschließlich 365 v. H. gegen 11 v. H. in der Kalenderwoche.

**Erleichterungen im Verkehr mit Vieh.** Eine Verfügung der Reichsverordnungsstelle bringt für den Verkehr mit Ruy- und Buchvieh gegenüber den bisherigen Bestimmungen bedeutende Erleichterungen, die sowohl den Landwirten als dem gewerbsmäßigen Handel zugute kommen. Der Verkehr mit Ruy- und Buchvieh von Viehhalter zu Viehhalter ist innerhalb des ganzen Reichsgebietes, statt wie bisher nur im Bezirk erlaubt. Neu ist, daß der Käufer eine Bescheinigung

keines Ortsvorstehers besitzen muß, daß er Viehhalter ist und keinen Viehhandel betreibt. Der Schlussscheinzwang und die Anzeigepflicht des Verkaufs bzw. Kaufs beim Ortsvorsteher ist beibehalten worden. Mit Genehmigung der Reichsverordnungsstelle können von jetzt ab auch wieder Viehmärkte stattfinden. Tiere aus anderen Kommunalverbänden dürfen zu diesen Märkten nur mit einer Freigabebescheinigung des Oberamts des bisherigen Standorts des Tieres zugetrieben werden. Die gewerbsmäßigen Händler werden für sämtliche Märkte zugelassen. Der Kettenhandel ist verboten. Der Händler darf also nur beim Viehhalter einkaufen und nur an Viehhalter weiterverkaufen. Zur Ausfuhr von Vieh aus einem Kommunalverband durch Händler ist die Genehmigung des Oberamts erforderlich. Die Provision der Händler darf höchstens 5 Prozent betragen. Die Tätigkeit der sogenannten Bauernhändler ist verboten. Da die bisherige Art der Schlachtviehaufbringung im Interesse der Erhaltung unserer Viehbestände beibehalten werden muß, dies aber nur bei gleichzeitiger Regelung des Verkehrs mit Ruy- und Buchvieh möglich ist, konnte dieser Verkehr noch nicht völlig freigegeben werden. Auch mußten mit Rücksicht auf die Schlachtviehpreise die Höchstpreise für Ruy- und Buchtrindvieh beibehalten werden.

**Württ. Polizeiwehr.** Die durch den Friedensvertrag bedingte Auflösung unseres Heeres macht eine durchgreifende Neubildung der Staatspolizei erforderlich. Demzufolge wird die staatliche Ordnung künftig von der württembergischen Polizeiwehr aufrecht erhalten. Die Angehörigen der Polizeiwehr werden auf 9 Jahre verpflichtet. Während dieser Zeit erhalten die Polizeiwehrmannschaften eine planmäßige körperliche und geistige Ausbildung, wobei den Neigungen und Anlagen des Einzelnen nach Möglichkeit Rechnung getragen werden soll, um so zu ermöglichen, daß sie nach Ablauf ihrer Dienstzeit als tüchtige Beamte im Staatsdienst weiter verwendet werden können. Die Aufgaben der Polizeiwehr — Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Schutz des Staatsgebietes, — sind derart groß, daß an ihre Angehörigen hinsichtlich Führung und Bildung weitgehende Anforderungen gestellt werden müssen.

**Rückkehr der Kriegsgefangenen.** Die in nächster Zeit erscheinenden Verzeichnisse enthalten die aus der Gefangenschaft zurückgekehrten Kriegsgefangenen mit Angabe der Zeit und des Ortes der Gefangennahme, sowie der derzeitigen Heimatadresse. Es ist hierdurch den Angehörigen von Vermissten die Möglichkeit gegeben, sich bei den zurückgekehrten Kriegsgefangenen über das Schicksal Vermisster zu erkundigen. Diese Verzeichnisse sind bis bisher zum Preis von 20 Fig. das Stück am Schalter des „Staatsanzeigers“ erhältlich. Schriftliche Bestellungen sind an die Stuttgarter Buchdruckergesellschaft A. G. Stuttgart, Königsstraße 42, zu richten. Außerdem gibt schriftliche und mündliche Auskunft das Nachrichtenbüro (Stuttgart, Archivr. 12), das sich Ende September in der früheren großen Infanterie-Kaserne (rechter Flügel), Stuttgart, Rotenbühlstraße, befindet.

**Ablieferungspflicht.** Unsere Ernährungslage, so schreibt der „Staatsanz.“, insbesondere die Brotgetreideversorgung, war selten so ernst wie heute und noch nie war es so notwendig wie jetzt, zum Wiederaufbau unserer Wirtschaft die innere Geschlossenheit zu erhalten. Einseitige und gerecht denkende Landwirte tragen dieser Lage Rechnung und kommen ihren Lieferungsverpflichtungen nach, auch wenn sie die unentbehrlichen Bestimmungen von ihrem Standpunkt aus als Härte empfinden. Dagegen machen sich bestimmte Kreise kein Gewissen daraus, in Presse und Versammlungen die landwirtschaftlichen Erzeuger zur Verletzung ihrer Ablieferungsverpflichtungen aufzureizen. Es ist einleuchtend, welche Gefahren hieraus der Volksernährung drohen und welche Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung daraus erwachsen müssen, an deren Aufrechterhaltung auch die Landwirtschaft das größte Interesse hat. Es ist notwendig, diesem Treiben mit allen gesetzlichen Mitteln Einhalt zu tun. Die Oberämter sind deshalb angewiesen worden, jede Aufforderung zur Verletzung der gesetzlichen Ablieferungsverpflichtungen zur Anzeige zu bringen und der gesetzlichen Bestrafung zuzuführen.

**Noch ein überfüllter Beruf.** Gegenwärtig übt der Beruf des Landwirts eine große Anziehungskraft aus. Namentlich wird vielfach der Eintritt in eine der Ackerbauschulen des Landes erstrebt, um später einen Aufseher- oder Verwalterposten auf einem größeren Gut bekleiden zu können. Abgesehen davon, daß die Ackerbauschulen nur eine beschränkte Anzahl von Schülern aufnehmen, kann nicht dringend genug darauf hingewiesen werden, daß die Stellen von Aufsehern und Verwaltern durch Schüler der landwirtschaftlichen Winterschulen und durch Studierende der Landwirtschaftsgewerkschulen fast überfüllt sind und daß es sehr schwer fällt, für die abgehenden Ackerbauschüler geeignete Stellen zu finden. Dies alles, trotz der schlechten Gehälter für diese Posten, welche oft weit unter einem Knechtslohn stehen. Oder sollen auch hier die besten Kräfte aus dem Land abgezogen werden, um für andere Nationen als Kulturdünger zu dienen?

**Einfuhr von Hülsenfrüchten und Reis.** Der Reichswirtschaftsminister hat alle Einfuhrbeschränkungen für Hülsenfrüchte (Erbsen einschließlich Beluschten, Bohnen einschließlich Ackerbohnen und Linsen) sowie alle Produkte daraus, welche durch Vermahlen, Schälen oder Schalen gewonnen werden, ferner für Reis, Reisabfälle, sowie Mischungen von Reis und Reisabfällen mit anderen Erzeugnissen, endlich Kakaobohnen roh oder geröstet) aufgehoben. Es ist daher für die genannten Waren keine Einfuhrbeschränkung mehr notwendig und es tritt keine Beschlagnahme oder Ablieferungsverpflichtung hinsichtlich der eingeführten Waren mehr ein.

**Höchstpreise für Zwiebeln.** Die Reichsstelle für Gemüse und Obst veröffentlicht im „Reichsanzeiger“ einen Erzeugerhöchstpreis von 11 Mk. pro Zentner für rote Zwiebeln mit Wirkung vom 5. September.



**Wildbad, 11. Sept.** Die Posthalter werden von Montag, den 15. Sept. an, um 8 Uhr abends geschlossen. Der Fernsprech- und Telegraphendienst ist an Sonntagen auf die Zeit von 8-10, 11-12, und 5-7 Uhr beschränkt.

**Wildbad, 11. Sept. (Gemeinderatssitzung.)** Anwesend: Stadtschultheiß Bähler und 11 Mitglieder, abwesend 5 Mitgl. 1. Eingehend erläuterte der Vorsitzende die Maßnahmen über die Wohnungsnot und befürwortet die Erwerbung des Gebäudes A 149 von den Friedrich Rath, Tuchm. Erben zum Preis von 65000 Mk., sowie des Grasgartens um 15000 Mk. auf 80000 Mk. Nach eingehender Beratung wurde der Ankauf zum Preis von 80000 Mk. einstimmig genehmigt, nachdem zuvor G.-R. Wilh. Eitel es als feststehend ansah, daß der Mietpreis für die einzubauenden Arbeiterwohnungen nicht zu hoch festgesetzt wird. 2. Stadtschultheiß Bähler brachte die Vernehmung über den erhöhten Milchbezug von A.-R. Schlüter zur Verlesung. Die Milchverkäuferinnen Funk und Horkheimer gaben bestimmt an, daß die Schlüter'sche Familie schon über 1/4 Jahr 1 Liter Milch pro Tag mehr bezogen habe, als ihr zustand. Die Frau Schlüter bestritt diese Angabe und gab nur zu, daß sie höchstens, infolge schwerer Krankheit des Kindes, täglich 1/4 bis 1/2 Liter mehr bezogen habe. Dieser Gegenstand wurde in der letzten G.-R.-Sitzung nicht öffentlich verhandelt und deshalb konnten wir hierüber nichts berichten. Bei der heutigen öffentlichen Sitzung bestritt A.-R. Schlüter, daß

ihm von dem Mehrbezug etwas bekannt gewesen sei und er werde gegen die Verbreiter gerichtlich vorgehen, was ihm auch der Vorsitzende nahe legte, um eine gerichtliche Festlegung des Tatbestands zu haben. G.-R. Großmann stellte fest, daß A.-R. Schlüter dem Milchmann Schraff vor kurzem 1 Liter Milch zwangsweise abgenommen habe und er könne dieses gewaltsame Vorgehen des Schlüter mit Rücksicht auf seine jetzigen langen Vergehen nicht begreifen. G.-R. Schwerdtle ist der Ansicht, daß das kranke Kind über 1/4 Jahr auf 2 Liter Milch pro Tag erhalten habe. Ganz ausgeschlossen sei es aber, daß dieses pro Tag 2 Liter Milch trinken könne und es liege der Verdacht nahe, daß noch unreele Handlungen mit dieser Milch gemacht worden seien. G.-Rat Wilh. Eitel meint, man wolle auf Schlüter nur deshalb abladen, weil er ein Sozialdemokrat und Arbeiter sei, auf dem Enghof und der Fiegehütte wandern täglich ca. 30 Ltr. Milch durch die Hamster ab. Diese Ansicht wurde durch die übrigen Mitglieder ganz entschieden zurückgewiesen, denn man verlangte nur eine richtige Verteilung und Kontrolle der Milch. Der Vorsitzende betonte, daß es sehr bedauerlich sei, daß gerade der Mehrbezug durch die Schlüter'sche Familie erfolgt sei und daß eine solche in Birklichkeit erfolgt sei, sei feststehend. Milbrand könne man den Fall beurteilen weil das Kind schwer krank war, aber richtig genommen hätte es nicht vorkommen dürfen. A.-R. Schlüter gab an, daß er in den letzten Wochen überhaupt keine Milchkontrolle mehr vorgenommen

habe und auch schon deshalb wisse er von dem Mehrbezug seiner Familie nichts. Bezüglich den Verfehlungen der Verkäuferinnen Funk und Horkheimer glaubt der G.-R. einen scharfen Tadel auszusprechen zu müssen und wenn noch das Geringste vorkäme, so müsse mit sofortiger Entlassung eingeschritten werden. Da A.-R. Schlüter nicht von der Stadt bestellt worden ist, so ist der Gem.-Rat der Ansicht, daß hierüber der gesamte Arbeiterrat seine Maßnahmen zu treffen habe. — Die Installateure Hartmann und Hermann Krauß wurden auf ihr Gesuch zu elektr. Installationen zugelassen. — Einstimmig genehmigt wurde die Abtretung von 70 qm. von P. Nr. 545 im Rennbachtal an Reggermeister Rappelmann zwecks Erstellung eines Bohnhauses zum Preis von 5 Mk. per qm. — Die hiesigen Mehger erhalten für gewerbliche Zwecke 3 Meter forschene Radelholzprügel zum Preis von 15 Mk. pro Meter. — Das Gesuch des Turnvereins u. Fußballvereins um Ueberlassung der sogenannten Postwiesen beim Bindhof als Spielplatz konnte wieder nicht erwünscht genehmigt werden. Der Pächter der Wiesen G. Tubach erklärte dem Gemeinderat daß er um keinen Preis von seinem Pachtvertrag zurücktrete. Nach wie vor, ist der Gem.-Rat geneigt, die Vereine in ihrem Wunsche zu unterstützen. — Die Gewinnung von Stockholz in den Stadtwaldungen wurde in der Weise genehmigt, daß für den Kau. 40 Pfg. an die Stadt zu bezahlen sind und die Stumpfen werden im Boden geschäft.

### Stockholz- und Beseholzgewinnung.

Bei der bedrohlichen Lage der Kohlenversorgung ist es von größter Wichtigkeit, daß die Gewinnung von Brennholz auf jede Weise gefördert wird. Vor allem empfiehlt sich die Gewinnung von **Stockholz**, die bei den jetzigen Holzpreisen guten Verdienst verspricht. In den Stadtwaldungen ist die Gewinnung mit Erlaubnis des Forstamts Meistern gegen Bezahlung von 40 Pfg für ein Kw. (geschätzt im Boden) gestattet.

Auch das Beseholz sammeln wird dringend empfohlen. In diesen Waldteilen liegt noch viel Beseholz herum, das durch die Kinder während der Herbstvacanz gesammelt werden kann.

Wildbad, den 8. Sept. 1919.  
Stadtschultheißenamt: Bähler.

### Teigwaren.

Es werden bei den Kaufleuten durch die man die Suppen bezieht **200 Gramm Teigwaren** pro Person abgegeben.

Stadt. Lebensmittelamt: Arbeiterat:  
Rappelmann. Schlüter.

### Brennholz-Verlosung.

Aus den Stadtwaldbezirken II Leonhardswald, III Sommerberg, IV an der Linde und V Wanne kommen demnächst:

- 128 Km buchene Prügel II. Kl.
- 294 " tannene " II. Kl.
- 142 " Kiebsprügel
- 27 " tannene Rinde

zur Verlosung.

Anmeldungen auf Brennholzbezug haben beim Lebensmittelamt in der Zeit vom Montag, den 15. Septbr. 1919 bis Mittwoch, den 17. Septbr. 1919 je vormittags von 9-12 und nachmittags von 3-6 Uhr persönlich und unterschriftlich zu geschehen. Spätere Anmeldungen können zur Verlosung nicht mehr zugelassen werden.

Der Verkauf des Holzes ist verboten und strafbar. Personen, welche diesem Verbot zuwiderhandeln, werden außerdem von allen künftigen Holzzuweisungen ausgeschlossen.

Wildbad, 11. Sept. 1919. Stadtpflege.

### Meister-Kurse.

Handwerker, welche sich an einem am 1. November ds. Js. beginnenden Meisterkurs in der Gewerbeschule beteiligen wollen, haben sich binnen 8 Tagen beim stellv. Vorstand der Gewerbeschule, Herrn Dr. Großmann hier zu melden.

Wildbad, 11. September 1919.  
Gewerbeschulrat:  
Vorf. Bähler.

## Schuhwaren

aller Art

Herren-, Damen-, Knaben-, Kinder- und Mädchenstiefel in nur Lederausführung.

Prima Qualitäten fertigt nach Maß bei mäßigen Preisen 124

Hermann Lutz, Wildbad.

## Mitglieder-Versammlung

findet am Samstag, den 13. September, abends 8 Uhr im Gasthof zum Palmengarten statt.

Tagesordnung:

- 1) Berichterstattung von der Landesversammlung
- 2) Rathausbericht
- 3) Verschiedenes.

Genossen und Genossinnen erscheint vollzählig.

Sozialdemokratische Partei Wildbad.

Württbg. Schwarzwald Verein  
Bezirksverein Calmbach bei Wildbad

Sonntag, den 14. September

## Tagestour

nach Pforzheim, Kupferhammer, Würmtal, Wärm, Ruine Liebenau, Hohenwart, Unterreichenbach, Schwarzberg, Schömberg, Charlottenhöhe, Calmbach — oder auch von Unterreichenbach mit der Bahn zurück.  
**Abfahrt 6,56 früh nach Pforzheim.**  
Rucksackbesper mitnehmen.

Die hier ersichtliche Kunden-Zunahme vom 1. Juli sowie die Erledigung von 80% aller Bücheranfragen bzw. Umwandlungen und 95% aller Jahresabschlüsse nach Doppelter Buchführung an einem Tag sollte jeden Interessenten veranlassen, kostenlos und unverbindlich Honorar u. notariell beglaubigte Atteste aus 12-jähriger Praxis zu verlangen.

**Karl Hecht**  
Bücher-Revisor und kaufm. Sachverständiger  
Stuttgart-Gablenberg

200

# Haus

möglichst in der Hauptstrasse  
zu kaufen gesucht.

Anzahlung in jeder Höhe.

Offert. mit Preis an die Exped. ds. Bl. unter Nr. 608 erb.

Tausende bereiten sich aus Rufs Aromastoffen mit Sektbezug und mit Süßstoff

## einen guten Hausrunk

die Flasche zu 100 Liter reichend, kostet Mk. 17.— ohne Süßstoff die Flasche zu 100 Liter Mk. 14.—  
Viele Anerkennungen.

„Rufs Heidelbeeren mit Jutaten“ ohne Süßstoff das Palet zu 100 Liter Mk. 35.—, mit Süßstoff Mk. 38.50.  
„Rufs Heidelbeeren mit Jutaten“ das Palet ohne Süßstoff zu 50 Liter Mk. 17.75, mit Süßstoff Mk. 19.50.  
Jeder sollte einmal einen Versuch machen.  
Alleiniger Hersteller:

**Rudolf Ruf, Ettlingen,** Heidelbeer-Verband.  
Niederlagen werden errichtet. 268

Café Bechtle - Weinstube  
Wildbad.

Ia. alte und neue  
**Rot- und Weissweine**  
im Ausschank.

## Gluck-Gluck

Das bestbewährte Eierlegemittel, wird dem Hühnerfutter zugemischt.

### „Percol“

mit Lebertranzusatz, Krampfmittel f. Schweine Vorbeugungsmittel geg. Rotlauf, erhöht die Fresslust ungemein.

Zu haben in der  
Medizinal-Drogerie  
**Grundner's Nachf.**

Städtisches Arbeitsamt  
Wildbad

Für sofort oder später  
werden gesucht:

a) Männlich:  
Hotelfreier (Eilt sehr)

b) Weiblich:  
Dienstmädchen (Jahresstellung)  
Küchenmädchen (Jahresstellung)

1 Dienstmädchen nach Göppingen.  
1 Servierfr. (Café)

Stellen suchen:  
Männlich:  
Kaufleute,  
Mechaniker,  
Schlosser,  
Maler,  
Fahrer,  
Köche,  
Mehger,  
Landwirt

Weiblich:  
Krankenschwester.

## Gesucht für sofort

# 2-Zimmer-Wohnung

möbliert oder unmöbliert mit Küche.

Gefl. Offert. an die Exped. ds. Bl. unter Nr. 687 erbeten.

Von jüngeren Herrn, der ständig hier ist, wird sonniges, heizbares, mit elektr. Licht versehenes

## möbliertes Zimmer

auf 1. Oktober zu mieten gesucht. Gefl. Angeb. unter R 624 an die Exped. ds. Bl.

Schön möblierte

## Zimmer

in jeder Preislage zu vermieten. 689  
Wo, sagt die Exped. ds. Bl.

## 1-2 Zimmer

mit Küche auf etwa 4 Wochen per sofort gesucht.  
Offerten unter J. G. 621 an die Exped. ds. Bl. erb.

Suche auf sofort für eine Dame mit Sohn ein

## Wohn- und Schlafzimmer

mit 2 Betten und Küchenbenutzung. 685  
Angebote mit Preisangabe an Frau Mathilde Hamacher, König-Karlstr. 122.

## Hosenträger

Stoff- u. Papiergewebe geben wir von heute an zur Hälfte des Preises ab.  
**Chr. Schmid & Sohn**  
König-Karlstr. 68.

Für die Einmachzeit empfehlen:

**Echtes Pergament-Papier, Salicyl, Einmach-Tabletten** (Benzoesaures Natron), **Flaschenlack, Echtes Naturkorken, Spunde in all. Größen Paraffin** für luftdichten Ueberzug.

**Sämliche Gewürze, Pfefferberg, Weinessig, Hengstenberg, Tafelens in Gläsern, Essig-Essen, Medicinal-Drogerie**  
Grundner Nachf. Wildbad

Guterhaltener, schwarzer

## Sacco-Anzug

und braunmeliertes Sacco für mittlere Größe passend zu verkaufen. 689  
Wer, sagt die Exp. ds. Bl.

Ein fast noch neues

## Chaiselongue

zu verkaufen. 686  
Wer, sagt die Exped.

Verloren

## gold. Brosche mit Perlen.

Abzugeben gegen Belohnung beim Portier Hotel Klumpp. 625

## Karnikol

das Vorbeugungsmittel gegen die Rauchersterblichkeit.  
Zu haben in der **Medizinal-Drogerie Gebr. Schmitz.**

Ein braves, tüchtiges

## Mädchen

für Küche- und Hausarbeit wird für sofort oder später nach **Sonn gesucht.**  
Vorzustellen bei Frau Karl. Toussaint, Villa Toussaint.

# Stärke-Wäsche

besorgt in normaler Lieferzeit 130

## Großwäscherei Schorpp.

Annahmestelle:  
**Witwe Holz**  
Wildbad, Wilhelmstr. 91.

## Landes-Kurtheater Wildbad.

Freitag 12. Septbr.

# Schwarzwald-Mädel.

Operette in 3 Akten.